



Danke an alle Spender, danke an alle Helfer

Ermutigende Zeichen der Hilfsbereitschaft und der Solidarität mit den Flüchtlingen

In den letzten Wochen haben Tausende Thüringerinnen und Thüringer eine überwältigende und unglaubliche Hilfsbereitschaft gezeigt. Dafür gilt es, „Danke!“ zu sagen. Für die vor Bürgerkrieg, Verfolgung und bitterster Not geflohenen Menschen, die in unseren Freistaat kamen, wurden Kleidung, Essen, Decken, Windeln, Spielzeug und vieles mehr gespendet, was für die erste Versorgung der Menschen, darunter auch viele Kinder, lebensnotwendig ist.

Die große Menge der Hilfsgüter war für die Spendenannahmestellen oft kaum noch zu bewältigen – doch mit der Hilfe zahlreicher Ehrenamtlicher und von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Flüchtlingsorganisationen, Vereinen und vielen weiteren konnten die Spenden sortiert und in die Unterkünfte der Geflüchteten gebracht werden.

Umzugsunternehmen spendeten Kartons und fuhren kostenfrei die Ladungen, Feuerwehr und THW übernahmen Transporte, das Deutsche Rote Kreuz war Ansprechpartner und Helfer in fast allen Situationen, Mitarbeiter von Landtagsverwaltung, Fraktionen und Sicherheitsdienst sowie zahlreiche Freiwillige nahmen zum Beispiel in den Räumen des Parlaments Spenden entgegen, sortierten diese und schleppten Kisten, Sportvereine öffnen ihre Angebote für Geflüchtete, Beamtinnen und Beamte bewältigten in der Erfurter

Messehalle und an vielen anderen Orten gut, zuverlässig und schnell die zusätzlich anfallenden Verwaltungsaufgaben. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Fraktionsvorsitzende sagte: „Es ist unmöglich, alle Menschen zu nennen, die halfen und helfen. Danke an alle Spender, danke an alle Helfer – ob ehrenamtlich oder als Mitarbeiter von Hilfsorganisationen oder Behörden. Thüringen zeigt, dass Menschen in bitterer Not auf die Hilfe der Gesellschaft zählen können. Ein ermutigendes Zeichen der Menschlichkeit und der Solidarität!“ Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik, ergänzte: „Sachspenden und Hilfe werden weiterhin benötigt. Wir müssen weiterhin gemeinsam dafür Sorgen, dass die Menschen gut in Thüringen aufgenommen und in unsere Gesellschaft integriert werden. Die überwältigende Hilfe der letzten Wochen war ein Beweis, dass das gut gelingen kann.“

len können. Ein ermutigendes Zeichen der Menschlichkeit und der Solidarität!“ Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik, ergänzte: „Sachspenden und Hilfe werden weiterhin benötigt. Wir müssen weiterhin gemeinsam dafür Sorgen, dass die Menschen gut in Thüringen aufgenommen und in unsere Gesellschaft integriert werden. Die überwältigende Hilfe der letzten Wochen war ein Beweis, dass das gut gelingen kann.“



Susanne Hennig-Wellsow und Sabine Berninger übergaben am 17. September eine Spielzeugspende der Linksfraktion für Flüchtlingskinder in der Erfurter Messehalle an die Vizepräsidentin der DRK Erfurt, Hella Saalfeld. Foto: P. Lahn

AKTUELL

„Maulkorberlass“ verweist auf gültige Rechtslage

Bezug nehmend auf ein Rundschreiben des Landesverwaltungsamtes an alle Bürgermeister und Landräte, begrüßte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Frank Kuschel, die parlamentarische Befassung dazu und forderte eine Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

In dem als „Maulkorberlass“ kritisiertem Schreiben wird darauf hingewiesen, dass bei Äußerungen von Bürgermeistern und Landräten für die Bürger immer klar erkennbar sein müsse, ob eine öffentliche Äußerung als Amtsperson oder als Privatperson erfolge. Verstöße gegen eine unparteiische Amtsführung könnten disziplinarische Folgen haben. Frank Kuschel wies auf Fälle hin, wo beispielsweise Landräte oder Vorsitzende von Verwaltungsgemeinschaften Amtsblätter missbrau-

chen, um persönliche politische Auffassungen zu verbreiten. Dies verdeutliche, warum die im Rundschreiben enthaltenen Hinweise auf die gültige Rechtslage erforderlich waren.

Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit waren auch Gegenstand von parlamentarischen Anfragen. So habe bereits die alte Landesregierung im Zusammenhang mit einer im örtlichen Amtsblatt vorgenommenen Stellungnahme des Vorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaft Großbreitenbach, Andreas Beyersdorf, gegen die Ziele des Bürgerentscheides zur Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft im Ilmkreis dargestellt, dass bei Äußerungen in amtlicher Funktion das sogenannte Sachlichkeitsgebot zu beachten ist und dass das generell für alle amtlichen Äußerungen staatlicher und kommunaler

Stellen gelte. Die nachgefragten Äußerungen waren mit diesen dargestellten Grundsätzen nicht vereinbar.

Missbrauch in großem Umfang betreibt insbesondere der Landrat des Weimarer Landes, Hans-Helmut Münchberg, der regelmäßig das Amtsblatt des Landkreises benutze, um seine politischen Sichtweisen zu verbreiten. Persönliche politische Auffassungen soll und muss ein Landrat öffentlich vertreten, aber das dürfe nicht mittels Amtsblättern geschehen, welche vollständig mit Geldern der öffentlichen Hand finanziert werden. „Die Diskussion im Landtag werde zur Versachlichung beitragen und klar machen, dass es sich nicht um einen ‘Maulkorberlass’ handelt, sondern lediglich um Hinweise auf die gültige Rechtslage“, betonte Kuschel abschließend.

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Datenschutz

Beim Thema „Freiheit statt Angst – Bürgerrechte und Datenschutz in Thüringen stärken“ (Aktuelle Stunde auf Antrag der Grünen in der letzten Landtagssitzung) gibt es Dinge, auf die wir relativ wenig Einfluss haben. Aber wo wir Einfluss haben, ist zum Beispiel bei der Beförderung sicherer End-to-End-Kommunikation, also Bewerbung von entsprechenden verschlüsselten E-Mails, und das machen wir ja auch als Landtag schon. Da gab es schon einen Beschluss aus der letzten Legislatur, der jetzt mit der Koalition umgesetzt werden wird.

Es ist notwendig, sich selbst direkt zu informieren, sich an die kompetenten Vereine und Initiativen in den jeweiligen Städten zu wenden. Da wären zum einen der Hackspace in Jena oder auch der Waidspeicher hier in Erfurt. Fast alle Freifunkinitiativen bieten bei Interesse entsprechende Workshops an bzw. erklären, wie kann ich denn meinen Rechner verschlüsseln, was sollte ich für Einstellungen bei Facebook machen, wenn ich schon Facebook benutze, um eben zu verhindern, dass auf meine Daten zugegriffen werden kann, was kann ich nutzen, um eben nicht über WhatsApp zu kommunizieren und damit automatisiert mein komplettes Adressbuch hochzuladen, was gibt es da für Alternativen.

Es ist mit das Entscheidende, die Eigeninitiative da verstärkt in den Vordergrund zu stellen. Ansonsten machen wir uns nichts vor: Es benötigt eigentlich eine starke europäische Datenschutzregelung, ein starkes europäisches Datenschutzgesetz. Da kann hier unser Datenschutzbeauftragter in Thüringen zwar sehr weit mit in Vorleistung gehen, da können wir zeigen, wie wir uns das vorstellen, wie zukünftig Daten geschützt werden vor Zugriffen, von wem auch immer, aber letztlich ist es weder allein eine regionale Angelegenheit noch nur eine bundesweite Angelegenheit, sondern mittlerweile müssen wir da auch an die Europäische Union herantreten. Und da ist das eine, was hier aus Thüringen für Signale kommen, das andere sind die Signale aus den anderen Bundesländern, die leider noch nicht rot-rot-grün regiert werden, aber da sind wir dran. Ich denke, dass wir das auch schaffen werden.

(Aus der Rede der netzpolitischen Sprecherin der Linksfraktion am 9. September im Landtag)

KURZ UND PRÄGNANT

Aufklärung der Vorwürfe gegen K+S

Die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen DIE LINKE und SPD verlangen umfassende Aufklärung zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und des Landeskriminalamtes (LKA) gegen das Unternehmen Kali+Salz und Mitarbeiter des Landesbergamtes. Augenscheinlich hat die Staatsanwaltschaft Anhaltspunkte, dass die Genehmigung der Versenkung von Kali-Abwässern rechtswidrig gewesen sei. Nach Ansicht der beiden Fraktionen sollte die Beratung dazu im Umweltausschuss erfolgen. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, Salzabwässer in der Gerstunger Mulde versenkt zu haben. Dagmar Becker (SPD) forderte: „Die Landesregierung muss umgehend zu den Vorgängen Auskunft geben und Stellung nehmen – soweit dies im laufenden Ermittlungsverfahren möglich ist. Wir brauchen schnelle und lückenlose Aufklärung, inwiefern das zuständige Landesbergamt bzw. andere Landesbehörden rechtswidrig gehandelt haben und was den Mitarbeitern des Landesbergamtes konkret vorgeworfen wird.“ Tilo Kummer (LINKE) teilt die Auffassung der Staatsanwaltschaft, dass die Abwasserversenkung ein Verstoß gegen geltendes Recht sei. Deshalb fordert er auch Konsequenzen für die noch in Hessen praktizierte Versenkung: „Ich bitte die Landesregierung, im Bewirtschaftungsplan für die Werra die Versenkung von Kaliabwässern klar auszuschließen.“ ■

Landeskriminalamt hat Akten vorenthalten

Das Thüringer Landeskriminalamt hat dem NSU-Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag Akten vorenthalten. Wie die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD) dem MDR sagte, seien erst jetzt detaillierte Unterlagen der Kriminaltechnik zu den Eisenacher Ermittlungen 2011 eingegangen. Diese Akten haben bisher auch weder dem Bundeskriminalamt noch im NSU-Prozess in München vorgelegen. Dabei handelt es sich um die teilweise handschriftlichen Protokolle der LKA-Experten, die damals die Waffen aus dem ausgebrannten Wohnmobil untersucht hatten. Zudem sollen die bisher zurückgehaltenen Akten Daten zur Schmauchspuranalyse der Leichen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt enthalten. Mit ihnen könnte möglicherweise der Tod der Beiden am 4. November 2011 besser rekonstruiert werden. In dem Material sind auch alle Daten der IT-Forensik zum technischen Auswerten der gefundenen Handys und Datenträgern. ■

Bessere Vermittlung und Ausbildungsqualität

Aktuelle Stunde im Landtag auf Antrag der Linksfraktion zur Ausbildungssituation

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE hatte sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 9. September mit der aktuellen Ausbildungssituation in Thüringen befasst. Dazu ergriff in der Debatte Kati Engel, Abgeordnete der Linksfraktion, das Wort:

Dem jüngst veröffentlichten 10. Ausbildungsreport der DGB-Jugend liegen die persönlichen Erfahrungen von Auszubildenden zugrunde, die sonst in dieser Weise nicht zu Wort kommen. Befragt wurden bundesweit 18.627 Auszubildende aus den 25 häufigsten Ausbildungsberufen. Der Report zeigt, dass bei allem Lob der dualen Berufsausbildung in einigen Berufen noch erhebliche Mängel bestehen. Seit einem Jahrzehnt macht die DGB-Jugend mit ihrem Ausbildungsreport auf diese Mängel aufmerksam und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Ausbildungsqualität in Deutschland.

Manche haben immer noch keinen Ausbildungsplatz

Erfreulicherweise sind die meisten Auszubildenden mit der Qualität ihrer Ausbildung zufrieden, deutschlandweit 71,5 Prozent der Befragten. Allerdings zeichnen sich erhebliche Unterschiede in den verschiedenen Branchen ab: Die schlechtesten Bewertungen kamen erneut von den angehenden FachverkäuferInnen, aus dem Lebensmittelhandwerk und aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Im Gegensatz zum deutschlandweiten Trend ist der Ausbildungsmarkt in Thüringen in einer

sehr komfortablen Lage. Dennoch waren Ende August immer noch 1.944 junge Menschen ohne einen Ausbildungsvertrag und 3.860 Ausbildungsstellen in Thüringen unbesetzt. Wie kann es sein, dass bei solchen Bedingungen immer noch junge Menschen ohne Ausbildungsplatz bleiben?

Die Liste der unbesetzten Ausbildungsstellen hat große Ähnlichkeit mit der Liste der Ausbildungsberufe, die seit Jahren im Ausbildungsreport der DGB-Jugend schlecht abschneiden. Dazu zählt der Hotel- und Gaststättenbereich, der gerade für Thüringen einen unverzichtbaren Wirtschaftssektor darstellt. Unverändert sehen sich hier viele Auszubildende mit großen Belastungen konfrontiert. Überstunden, fachlich ungenügende Anleitung, unterdurchschnittliche Auszubildendenvergütung und das Gefühl, als billige Arbeitskraft ausgenutzt zu werden, bestimmen hier nach wie vor den Arbeitsalltag vieler Auszubildender.

Die Ausbildungszufriedenheit ist stark von der fachlichen Qualität geprägt, die bestimmt wird durch das Einhalten von Ausbildungsplänen sowie das Ausmaß, in dem ausbildungsfremde Tätigkeiten absolviert werden müssen. So verwundert es nicht, dass Ende August in Thüringen auf 171 unbesetzte Stellen in der Gastronomiebranche lediglich 20 BewerberInnen kamen. Denn junge Menschen meiden bewusst diese Ausbildungsberufe, bei denen sich die eklatant schlechten Bedingungen längst herumgesprochen haben. Der sogenannte Fachkräftemangel ist folglich in vielen Bereichen

ein selbstverschuldetes Problem. Wollen sich Unternehmen aber im Wettbewerb behaupten, sind sie in allen Bereichen auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen und diese benötigen auch eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Häufig reicht schon das schlichte Einhalten bestehender Gesetze, um die Ausbildungszufriedenheit junger Menschen zu steigern. Ebenso ist die Verbesserung der Qualität auf betrieblicher Ebene entscheidend, doch dies gelingt nur durch ein Umdenken in den Unternehmen selbst. Letztendlich muss es auch wirksamere Kontrollen zur Überwachung der Ausbildungsqualität geben. Verstöße und die Nichteinhaltung gesetzlicher Regelungen und Verordnungen sind keine Kavaliersdelikte. Die Kammern müssen mit dafür Sorge tragen, dass die festgelegten Standards auch eingehalten werden.

Unabhängige Kontrollinstanzen könnten ein Ausweg sein

Doch gerade hier besteht ein zentrales Problem: Auf der einen Seite sind sie für die Kontrolle der Ausbildung zuständig – auf der anderen Seite sind sie ein arbeitgeberfinanzierter Interessenverband. Diese Doppelstruktur führt häufig dazu, dass sie der Kontrolle der Ausbildung nur unzureichend nachkommen. Unabhängige Kontrollinstanzen könnten da ein Ausweg sein. Denn Auszubildende brauchen eine Beschwerdestelle, der sie auch vertrauen. Es bedarf eines Beschwerdemanagements, das die Auszubildenden tatsächlich in ihren Problemen ernst nimmt, ihnen Schutz gewährt und leicht zugänglich ist. Hier sind die Politik und die Gewerkschaften gleichermaßen gefragt. Sowohl die Vermittlung als auch die Qualität der beruflichen Ausbildung müssen dringend verbessert werden, sonst verlassen noch mehr junge Menschen Thüringen ganz.

Die Landesregierung hat hier schon erste Zeichen gesetzt, indem sie z. B. durch eine neue Berufsschulnetzplanung die Qualität der Berufsschulen in Thüringen anhebt und die Richtlinie für die Fahrtkostenrückerstattung für BerufsschülerInnen fairer gestaltet.

Die LINKE wird weiterhin alles tun, damit die Qualität der beruflichen Ausbildung in Thüringen flächendeckend auf ein hohes Niveau gebracht werden kann. Für diese Arbeit ist der jährliche Ausbildungsreport unerlässlich. Daher möchte ich mich an dieser Stelle bei den unzähligen TeamerInnen der DGB-Jugend für ihr Engagement bedanken, ebenso bei den vielen jungen Menschen, die sich in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen, als BetriebsrätInnen, in den Vertrauenskörperschaften oder den gewerkschaftlichen Gremien engagieren. Denn sie sind es, die am Ende für eine gute Ausbildung stehen und sich einsetzen. ■

Verfassungsrichter vom Landtag gewählt



Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow gratuliert Michael Menzel zu seiner Wahl als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Ebenfalls auf Vorschlag der Linksfraktion wurden am 10. September vom Landtag gewählt: als Mitglied des Landesverfassungsgerichts Jens Petermann sowie als stellvertretendes Mitglied Petra Pollak. Als Stellvertreterin (auf Vorschlag der LINKEN) fungiert weiterhin Renate Licht. Foto: Peter Lahn

Rot-Rot-Grün gestaltet bildungsgerecht

Landtag beschließt Gesetzentwurf über Schulen in freier Trägerschaft

Der Thüringer Landtag hat am 10. September den Gesetzentwurf der Landesregierung über Schulen in freier Trägerschaft beschlossen. In der Debatte hatte für die Fraktion DIE LINKE deren bildungspolitischer Sprecher Torsten Wolf das Wort ergriffen. Folgend Auszüge aus seiner Rede.

Nach langer und intensiver Beratung sind wir heute auf der Zielgeraden des Gesetzes, welches Thüringen im Bereich der schulischen Bildung stärken wird, den Schulen in freier Trägerschaft Planungssicherheit schafft und eine transparente und auskömmliche Finanzierung sicherstellt.

Das sind 500 Euro pro Schüler mehr, ein großer Kraftakt

Von daher wird dieses Gesetz dem Urteil des Landesverfassungsgerichts vom letzten Jahr ebenso gerecht, wie es dem Koalitionsvertrag entspricht und die weitgehend berechtigten Forderungen der Schulträger an die CDU-geführte Landesregierung von 2009 und 2014 auch umsetzt. Wir alle erinnern uns auch noch gut an die Proteste der freien Träger im Jahr 2011, die hier vor dem Landtag standen. Da standen Hunderte Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, die berechtigterweise aufgebracht waren, und forderten Bildungsgerechtigkeit auch für ihre Schulen.

Meine Fraktion unterstützte damals die Proteste und die frühere bildungspolitische Sprecherin Michaela Sojka wies eindringlich darauf hin, dass die Existenz der freien Schulen gefährdet ist. Das war CDU-Politik der Jahre 2009 bis 2014 im Bereich Bildung. Kürzungen und Stellenabbau zulasten der Kinder – diese Entwicklung haben wir, Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, mit der Einstellung von 600

Lehrerinnen und Lehrern im staatlichen Schulbereich und dem heute zu beschließenden Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft umgekehrt. Sie sehen heute keine demonstrierenden Schülerinnen und Schüler draußen. Die öffentliche Kritik am Gesetz ist auf einen Punkt zusammengeschnitten. Und aus vielen Einzelgesprächen mit Trägern, aus der Anhörung hier im Bildungsausschuss und aus Zuschriften wurde klar: Rot-Rot-Grün gestaltet Thüringen Stück für Stück sozial und gerecht, hier bildungsgerecht. Wir legen heute ein Gesetz vor, welches im Finanzhilfefahr 2015 allein 12,4 Millionen Euro mehr zur Verwendung des Bildungsauftrags der freien Schulen zur Verfügung stellt.

Das sind, um es nur noch mal deutlich zu machen, 500 Euro im Schnitt pro Schüler mehr. Ein großer Kraftakt, wie ich meine. Zumal, wenn man die derzeitigen zusätzlichen Herausforderungen in der Gesellschaft und im Bildungsbereich berücksichtigt. Die Finanzierung ist bis 2019 gesichert und die jährlichen Steigerungsraten von 1,9 Prozent geben den Trägern Planungssicherheit und Berechenbarkeit.

Eher das Voß'sche Spardiktat, nicht die Moring'sche Wundertüte

Ich selbst habe weder in meinen vielen Gesprächen mit den Trägern noch in der Anhörung hier im Landtag ein Wort der Kritik an unserem Gesetzesvorschlag gehört. Im Gegenteil: Die Träger haben deutlich gemacht, dass die Auskömmlichkeit damit gesichert ist und sie in einer schwierigen Haushaltssituation, das ist den Trägern durchaus bewusst, das auch mittragen. In Richtung der CDU und ihrem 3-Prozent-Vorschlag sage ich, das wäre natürlich für die Träger eine komfortablere Ausstattung. Aber, und das haben die freien Schulen natürlich nicht

vergessen, wenn die Realisierung, die haushalterische Absicherung, im Mittelpunkt steht, Sie also noch regieren würden, dann wäre wohl eher das Voß'sche Spardiktat und nicht die Moring'sche Wundertüte weiter Maßstab des Handelns der CDU. (...) Das ist ein echter Kraftakt, welchen wir stemmen. Dieser wird umso deutlicher, wenn man die aktuelle Entwicklung bedenkt, die wir bei der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien und sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stemmen werden.

Gelingende Integration bereichert uns alle

Aus vielen Gesprächen und auch aus der Anhörung zum Gesetz ist uns bekannt, dass sich viele Träger mit auf den Weg machen, Kinder aus Flüchtlingsfamilien zu integrieren. Wir wissen aus dem Bereich Inklusion über lange Jahre, dass es die freien Träger waren, die die Inklusion als erste mit Leben füllten, lange vor der UN-Konvention 2009.

Gelingende Integration bereichert uns alle. Die Schulen im Land sind, unabhängig von der Trägerschaft, derzeit alle gefordert, beste Lernbedingungen für alle Kinder sicherzustellen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn von der Landesarbeitsgemeinschaft ein klares Signal in diese Richtung ausgeht – deutlich mehr Integration auch von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in die freien Schulen.

(...) Wir haben auch ein wichtiges Signal in Richtung mehr Gerechtigkeit zwischen den Lehrkräften im staatlichen Schulbereich und den freien Trägern erreicht. (...) Wir haben ein gutes Stück des Wegs für gerechte Bildung, für bessere Bedingungen in der Bildung, für alle Kinder, egal welcher Trägerschaft sie unterliegen, geschafft. ■

VON A BIS Z:

Öffentliches WLAN

„Auch wenn die Überschriften überall anders lauten: Mit dem Gesetzentwurf zur Störerhaftung werden keine offenen WLANs geschaffen!“ Darauf machte Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, zum im Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf aufmerksam. „Die Hürden und Vorschriften sind im Vergleich zu früheren Entwürfen nur minimal geändert worden. Die nun erfolgte Gleichstellung von nicht-kommerziellen und kommerziellen Anbietern ist gewiss ein Fortschritt. Aber die Anforderung, unberechtigte Personen von der Nutzung des Netzwerkes fernzuhalten, widerspricht bereits mit aller Deutlichkeit dem Ziel, offene Netze zu schaffen. Zwar können nun einige Anbieter mit geringfügig verbesserter Rechtssicherheit öffentlich Zugang zum Internet gewähren, doch in der Masse ändert sich nichts.“

So, wie der Gesetzentwurf derzeit konzipiert sei, helfe er vor allem den großen Internetanbietern, ihre Vormachtstellung auch auf die öffentlichen WLAN-Netze zu erweitern. „Offene Zugänge bleiben Mangelware und der Zugang zu mobilem Internet bleibt in erster Linie eine Frage des Geldbeutels“, sagte die LINKE-Politikerin. Damit helfe man möglicherweise dieser Branche, verhindere aber digitalen Fortschritt in anderen Bereichen, wie die geäußerte Kritik auch aus Wirtschaftsverbänden zeige.

„Die Anforderung, das WLAN zu verschlüsseln, widerspricht dem Anliegen, offene Netze anbieten zu können“, so Katharina König. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungstermine des Thüringer Landtags sind bis zum Jahresende, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt vom 30. September bis 2. Oktober, vom 4. bis 6. November, vom 25. bis 27. November sowie vom 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Gewerbe

In Thüringen kamen im ersten Halbjahr 2015 auf 10.000 Einwohner 30 Gewerbebeanmeldungen und 34 Gewerbeabmeldungen. Wie das statistische Landesamt mitteilte, wurden die meisten Gewerbebeanmeldungen je 10.000 Einwohner in Weimar (41) sowie in Erfurt und im Landkreis Nordhausen mit je 39 Anmeldungen angezeigt und die wenigsten im Kyffhäuserkreis und im Landkreis Hildburghausen mit je 21 Anmeldungen je 10.000 Einwohner.

Die geringsten Abmeldungen je 10.000 Einwohner gab es in den Landkreisen Eichsfeld (24), Sömmerda (25) sowie im Wartburgkreis (26), die meisten in der Stadt Suhl (53), sowie in den Städten Gera und Jena mit je 46 Anzeigen. ■

Doppelhaushalt

Thüringen will in den nächsten beiden Jahren die Tilgung von Landes-schulden aussetzen, um trotz hoher Flüchtlingskosten einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen. „Wir haben uns dazu angesichts der schwierigen Situation entschlossen“, sagte Finanzministerin Heike Taubert (SPD) gegenüber dem MDR. Festhalten wolle die rot-rot-grüne Koalition am Ziel, beim Doppelhaushalt 2016/2017 ohne neue Schulden auszukommen. Dies sei nur mit einem „einmaligen Kraftakt“ zu erreichen“. Das Land werde die Rücklage in Höhe von 240 Millionen Euro sowie die von der EU zurückerstatteten 81 Millionen nutzen. Die erhöhte Grunderwerbssteuer werde 30 Millionen Euro bringen. ■

Gesundheitspersonal

Ende 2013 wurden insgesamt 130.000 Beschäftigte im Thüringer Gesundheitswesen gezählt. Das waren nach aktueller Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 13.000 bzw. 11,4 Prozent mehr Beschäftigte als fünf Jahre zuvor. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei der Pflegebereich, hier kamen seit dem Jahr 2008 rund 2.100 Beschäftigte (31,2 Prozent) und in den stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen 3.100 Beschäftigte (22,8 Prozent) hinzu. Damit wurden bis 2013 im Thüringer Gesundheitswesen 39 Prozent aller neuen Stellen im Pflegebereich geschaffen. Im Jahr 2013 waren 78 Prozent aller Beschäftigten im Thüringer Gesundheitswesen Frauen. ■

„Das war Populismus pur“

NACHGEFRAGT bei Anja Müller, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Bürgerbeteiligung und Petitionen

Den Koalitionsfraktionen ist es wichtig, dass die Thüringer Bürgerinnen und Bürger über Volksentscheide oder Bürgerbegehren mitbestimmen können und dass sich die Bedingungen dafür weiter verbessern. Wie ist der aktuelle Stand?

Von Anfang an sind LINKE, SPD und Grüne Mitglieder im Bündnis Mehr Demokratie in Thüringen und damit Mitorganisatorinnen der beiden erfolgreichen Volksbegehren zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie auf Landesebene und auf kommunaler Ebene in Thüringen. In einer von ca. 100 Teilnehmern besuchten Veranstaltung der drei Fraktionen mit dem Bündnis im Juni im Landtag wurden weitere Ideen zum Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene schon intensiv diskutiert und die Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs in den Landtag angekündigt. Vorgestellt wurden als Neuerungen z.B. das Ratsreferendum und das obligatorische Referendum, das stattfinden soll, wenn kommunale Unternehmen der Daseinsvorsorge veräußert oder erworben werden. Außerdem sollen Initiatoren von Bürgerbegehren Rederecht in den kommunalen Gremien erhalten und ein Beratungsrecht vor Abgabe des Antrags auf Bürgerbegehren.

In der letzten Landtagssitzung hat die AfD mit einem Antrag zur „Stärkung der direkten Demokratie“ versucht, auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

Das war Populismus pur, aber auch inhaltlich kritikwürdig. So wollen sie an der Amtssammlung, korrekt Amtseintragung, festhalten. Diese war von der CDU 2008 als einzige Sammlungsform vorgesehen. Nur mit Druck des Volksbegehrens und des Bündnisses gelang es, die Regelung in ein Wahlrecht umzugestalten. Denn für manchen Bürger stellt der Gang zum Amt eine große Hürde dar. Zudem gibt es die Amtssammlung auf kommunaler Ebene nur in Thüringen – sonst nirgends weltweit. Nicht zuletzt deshalb sieht die von der rot-rot-grünen Koalition geplante Reform die Streichung der Amtssammlung vor.

Welche Reformschritte auf Landesebene haben die Koalitionsfraktionen vereinbart?

Laut Koalitionsvertrag soll das so genannte „Finanztabu“ angegangen werden. Die Bürger sollen auch über Themen, die finanzielle Auswirkungen haben, wie ein neues Kita-Gesetz oder Abgabenfragen, ohne Beteiligungsbremse und Zulässigkeitshindernisse abstimmen können. Dass es auch auf Bundesebene Volksentscheide zu mehr Sachthemen als nur den bisher schon erfassten Länderfusionen (Art. 29 GG) geben muss, ist für die Koalition selbstverständlich. Hingegen hat die AfD mit ihren populistischen und nationalistischen Positionen im Zusammenhang mit ihren Forderungen nach Volksentscheiden zum Euro gezeigt, dass sie als Rechtsaußen-Partei mit der direkten De-

mokratie Stimmung machen will. Dagegen ist unsere Kritik am Euro und der EU verbunden mit der Forderung, die EU weiter zu demokratisieren und als Staatenbund bzw. Bundesstaat weiterzuentwickeln. Eine wirklich funktionierende direkte Demokratie ist auf eine breite, inhaltlich fundierte Sachdiskussion gerichtet, fair und um die beste Lösung ringend.

Was ist davon zu halten, wenn die AfD verkündet, dass sie die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild will?

Das steht eindeutig im Zusammenhang damit, dass es in letzter Zeit auch hochproblematische Volksentscheide in der Schweiz gegeben hat, Stichworte „Minarett-Verbot“ oder die mit hauchdünner Mehrheit angenommene Initiative gegen „Masseneinwanderung“. Beides wurde besonders stark von der populistischen und rechtslastigen Schweizerischen Volkspartei (SVP) befördert. Dann hat es Entsetzen und neue Diskussionen gegeben. Das Ergebnis der Volksabstimmung zur so genannten „Masseneinwanderung“ ist auch noch nicht umgesetzt. Verstärkt sind Gegeninitiativen aktiv geworden. Die Schweiz ist grundsätzlich ein weltoffenes Land mit einem Migranten-Anteil ohne Schweizer Bürgerrecht von über 24 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt liegt noch höher. Wem es aber um Hetze und Ausgren-

zung von Mitmenschen und Mitbürgern sowie die Spaltung der Gesellschaft geht, der verrät und missbraucht die direkte Demokratie und auch die Demokratie als solche. Denn die Idee der Demokratie beinhaltet in ihrem Kern auch und vor allem das Prinzip der gleichen Teilhabe aller an den politischen Entscheidungsprozessen.

Was heißt, gleiche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen?

Wer den Auswirkungen staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungen ausgesetzt ist, soll auch selbst mitentscheiden dürfen – und zwar in gleicher Weise und mit den gleichen Möglichkeiten für jeden. Daher fordert die LINKE, dass allen Einwohnern, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, nach einer Orientierungsphase von fünf Jahren das Wahlrecht zu allen Parlamenten und Vertretungsgremien, also auch Bundestag und Landtag, und auch das direktdemokratische Stimmrecht zustehen soll. Die Entscheidungsverfahren müssen so gestaltet sein, dass sie nicht ausgrenzen und spalten, sondern zur Weiterentwicklung einer solidarischen und weltoffenen Gesellschaft beitragen. Dazu gehört, dass Bürgerbegehren und Volksbegehren, die gesetz- bzw. verfassungswidrige Ziele verfolgen, nicht zulässig sind. Den Schutz der Menschenwürde, die Gleichheit aller Menschen und das Recht auf gleiche Teilhabe darf niemand unter dem Deckmantel der direkten Demokratie in Frage stellen.

Wie es die Nazis getan haben.

Ja, und vor dem Hintergrund der Volksentscheidungsinitiativen der Nazis in der Weimarer Republik wurde von vielen die Konsequenz für richtig befunden, in Deutschland – vor allem auf Bundesebene – auf direkte Demokratie zu verzichten. Wenn diese Schlussfolgerung auch nachvollziehbar ist, so ist sie nach Meinung der LINKEN doch nicht sinnvoll. Denn damit haben die Demokratiefeinde noch in Jahrzehnte langer Nachwirkung das geschafft, was sie wollten: die Demokratie zu beschneiden und (teilweise) zu beseitigen. Die richtige Antwort auf das Problem sind Stärkung und Ausbau der Instrumente und Verfahren sowie der Einbau von Schutzmechanismen. Die direkte Demokratie ist das unverzichtbare zweite Standbein neben der parlamentarischen Demokratie.

Doch um die Gefährdungen wirklich zu beseitigen, muss sich die Zivilgesellschaft auch dafür einsetzen. Die Menschen müssen der sachlichen und offenen Themendiskussion und dem fundierten Ringen um die beste Lösung den Vorrang geben vor dumpfen populistischen Parolen. Das kann und muss praktisch eingeübt werden. Am besten schon so früh wie möglich, d.h. auch Demokratieerziehung in Kita und Schule sind sinnvoll und notwendig. Die Erfahrungen zeigen, wie Volksbegehren und Bürgerbegehren die Menschen zu mehr politischen Engagement motivieren. Das hilft dann auch der repräsentativen Demokratie und den Wahlen.

Gemeinschaftsschulen

Auf die neue Studie zur Entwicklung von Gemeinschaftsschulen in Thüringen, reagierte der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Torsten Wolf:

„Die Studie macht einmal mehr deutlich, dass das gegliederte Schulsystem nur begrenzt Antworten auf die schulpolitischen Herausforderungen der Zukunft gibt. Frühe individuelle Förderung, Schulentwicklung anhand eines pädagogischen Leitbildes, die Weiterentwicklung der Thüringer Ganztagschule in einer Hand und das längere gemeinsame Lernen sind Grundpfeiler einer zukunftsfähigen Bildungspolitik.“

Nach der erfolgreichen Etablierung der Gemeinschaftsschule ist es nun an der Zeit, dass die Anerkennung für die verschiedenen in der Gemeinschaftsschule tätigen Lehrkräfte über die Schaffung eines eigenen ‚Gemeinschaftsschullehreramt‘ Realität wird. Hier muss das Finanzministerium mit dem Bildungsministerium die Voraussetzungen schaffen, damit mehr Gerechtigkeit in den Lehrzimmern der Gemeinschaftsschulen herrscht.“



Anja Müller, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Bürgerbeteiligung und Petitionen, bei der Podiumsdiskussion mit Vertretern der Koalitionsfraktionen (Christoph Matthes, SPD, und Dirk Adams, Bündnis90/Die Grünen) auf der Veranstaltung „Demokratie ist kein Sofa“ am 23. Juni im Thüringer Landtag. Gemeinsam mit dem Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ hatten sich die Fraktionen der LINKEN, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen und zahlreiche interessierte interessierte und engagierte Teilnehmer der Veranstaltung vor allem mit der Reform der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringer Kommunen befasst. Ähnlich wie auf Landesebene soll die Kommunalordnung auf wesentliche Festlegungen zur direkten Demokratie beschränkt und das gesamte Regelwerk in einem eigenen Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zusammengefasst werden. Mit der Abschaffung der Amtseintragung, der Einführung des Ratsreferendums und der Alternativvorlage sowie der Abschaffung der Bindungswirkung würden auch die Handlungsoptionen der Gemeinde-, Stadträte und der Kreistage erweitert. Dies motiviert zu mehr Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung.

DAS THEMA

„Die Vorurteile und Ängste schüren“

Mit den Brandanschlägen auf die geplanten Flüchtlingsunterkünfte in Rockensußra hatte sich der Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Sitzung am 9. September befasst. Folgend dokumentieren wir aus dem Plenarprotokoll die Rede von Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik der Fraktion DIE LINKE:

Am Montag brachten neben vielen Demokratinnen und Demokraten, unter anderem auch der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen gemeinsam mit dem Innenminister, ihr Entsetzen wegen dieser Brandstiftung in Rockensußra und die Abscheu gegenüber den Täterinnen oder Tätern zum Ausdruck.

Bei Facebook kommentierte eine Userin, dass wiederum die Nazis verantwortlich gemacht würden und damit das Weltbild dann wieder stimme. Ich habe dagegen gehalten und habe geschrieben: So einfach ist das nicht. Es sind nicht nur Leute mit extrem rechtem Parteibuch oder Mitglieder extrem rechter Gruppen, die solche Brandstifter sind, sondern es sind „einfach nur Rassistinnen oder Rassisten“, die solche Brandstifter sein können, die behaupten, die Absenkung der Leistungen zum Beispiel für Flüchtlinge oder die Wiedereinführung von Sachleistungen würden Flucht verhindern oder die Zahlen Geflüchteter senken.

Das sind Rassistinnen oder Rassisten oder eben auch geistige Brandstifterinnen und Brandstifter. Brandstifter sind Menschen, die in richtige und falsche Flüchtlinge einteilen. Brandstifterinnen sind auch solche Leute, die Vorurteile und Ängste gegenüber Flüchtlingen schüren – es ist

Aus der Landtagsdebatte zu Brandanschlägen auf geplante Flüchtlingsunterkünfte

schon erwähnt worden –, durch zum Beispiel falsche Behauptungen über angeblich zugenommene Diebstahlzahlen in Freibädern in Südthüringen beispielsweise. Das sind Brandstifter.

BrandstifterInnen sind aber auch solche Leute, die solche Brandanschläge dadurch relativieren, indem unterstellt wird, die Bürgerinnen und Bürger seien nicht rechtzeitig informiert worden. In Suhl hätten auch Sie, Herr Scherer (CDU-Abgeordneter, d.R.), nicht gerechtfertigt, wenn nach der Übers-Wochenende-Einführung der Erstaufnahmeeinrichtung, die Dirk

Adams (Abgeordneter der Grünen, d.R.) schon angesprochen hat, hätten auch Sie keine Brandstiftung gerechtfertigt und ich finde, es ist eine Relativierung, die Sie hier vorgenommen haben. Brandstifterinnen und Brandstifter sind auch diejenigen, die diese Leute, die dann tatsächlich die Straftat der Brandstiftung begehen, in ihrer Annahme bestärken, sie würden die Volksmeinung oder Volkswillen umsetzen, den die anderen nur nicht sich getrauen, zu sagen.

Ich bin froh, dass es eben nicht die Meinung der Thüringerinnen und Thü-

ringer und der in Thüringen lebenden Menschen ist, dass die herrschende Meinung eben keine rassistische ist, keine gewalttätige, sondern eine menschliche, dass das Zeichen, dass wir diesen Brandstifterinnen und Brandstiftern entgegensetzen, diesen Rassistinnen und Rassisten entgegensetzen, das der weltoffenen Gemeinde Rockensußra beispielsweise ist, die Frau Marx (Abgeordnete der SPD, d.R.) erwähnt hat, und das aber einer auch in der Flüchtlingspolitik konsequent menschenrechtsorientierten Landesregierung.

Ich will die Kritik, die an Minister Lauinger geübt wurde, strikt zurückweisen, Herr Scherer. Ich bin sehr froh, dass das Zeichen, das wir in Thüringen im Moment senden, das der vollgepackten Kartons und Kisten ist, die hier inzwischen in mehreren Räumen im Landtag stehen. Ich bin froh, dass es das viele gesammelte und gespendete Spielzeug ist, die vielen Windeln, die gebracht wurden.

Die vielen Menschen, die unbürokratisch helfen

Ich bin froh, dass das Zeichen, das wir den Brandstifterinnen und Brandstiftern entgegensetzen, das einer großartigen Welle der Hilfsbereitschaft ist und das Zeichen das des Willkommens ist, das der unermüdlich ehrenamtlich engagierten Helferinnen und Helfer, des DRK, der Feuerwehr hier in Erfurt, des Technischen Hilfswerks beispielsweise, das der vielen Frauen und Männer und auch der Kinder heute Morgen, die fast die ersten waren, die gespendet haben, eine Schulklasse einer Erfurter Schule, dass das das Zeichen ist, das der vielen Leute, die in den Räumen stehen und die Sachspenden sortieren, genau wie diejenigen, die in der Messehalle gerade stehen und Sachspenden sortieren und ordnen und an die Flüchtlinge austeilen.

Ich bin froh, dass es das Zeichen der unbürokratisch auch helfenden Landtagsfraktionen, die beteiligt sind an diesen Sammelaktionen, und der unbürokratisch helfenden Landtagsverwaltung ist; ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Wache und hier in der Landtagsverwaltung hätten die Spenderinnen und Spender und Sortierinnen und Sortierer ein paar Mal ganz schön alt ausgesehen.

Und nicht zuletzt will ich als Zeichen, das wir den Brandstiftern entgegensetzen, auch das der vielen Menschen, die am vergangenen Samstag in Saalfeld bei Regen Hilfsgüter transportiert, sortiert und verteilt haben, die Stundenlang „Refugees welcome“ gesungen haben, dass das das thüringische Zeichen ist, was wir den Brandstiftern entgegensetzen. Dafür können wir sehr dankbar sein. Danke, dass Thüringen hilft!



Der Fraktionssitzungsraum der Linksfraktion war umfunktioniert zur Sammelzentrale für die vielen Spenden, die am Landtag in Erfurt abgegeben wurden.

Erklärung zu beruflichen Integration von Flüchtlingen

Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner (LINKE) hat die Erklärung von Bund, Ländern, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden zur beruflichen Integration von Flüchtlingen als wichtiges Signal für ein gelingendes Zusammenleben in Deutschland, begrüßt, aber zugleich gesagt, dass an einigen Stellen klare Angebote an die Flüchtlinge vermisst.

Heike Werner betonte: „Die Erklärung stellt klar, dass Bund, Länder, Gewerkschaften und Wirtschaft in einer gemeinsamen Verantwortung stehen, geflüchteten Menschen in Deutschland eine Zukunft in Ausbildung, Qualifizierung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt geben müssen und gewillt sind, dieses Ziel zu verfolgen.“

So haben sich die Partnerinnen und Partner der Allianz etwa darauf verständigt, zukünftig schon besser und frühzeitiger die Qualifikationen und Berufserfahrungen von Geflüchteten zu erfassen, um längere Überbrückungszeiträume für die Betroffenen zu ver-

meiden. „Thüringen ist an dieser Stelle einer der Vorreiter unter den Ländern: Im Freistaat sind wir gerade dabei, entsprechende Fragebögen in den Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete zu etablieren, um in Zusammenarbeit mit Jobcentern und Arbeitsagenturen rasch passgenaue Angebote zu haben“, so Ministerin Werner weiter.

Förderung für Asylsuchende mit Bleibeperspektive müsste von Beginn an möglich sein

Außerdem stelle die Erklärung klar, dass es nicht zu einem Gegeneinander-ausspielen von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten kommen dürfe und dass der Abbau von Sprachhemmnissen ein zentrales Element für eine erfolgreiche Integration in Ausbildung und Berufsalltag seien.

Für letztere will der Bund die vorhandenen Integrations- und Sprachkurse des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) frühzeitiger für geflüchtete Menschen öffnen und insgesamt die Finanzierung verbessern. Bis-

lang stehen hierfür nicht ausreichend Bundesmittel zur Verfügung. Ministerin Werner äußerte allerdings auch Kritik an dem Papier. „Die Arbeits- und Sozialminister der Länder hatten sich im Vorfeld weit überwiegend auf den vorübergehenden Verzicht auf die sogenannte Vorrangprüfung durch die Arbeitsagenturen und auch gemeinsam für eine gesicherte Berufsausbildung nach der die 3+2-Regelung - Bleibeerecht für die Dauer der in der Regel dreijährigen Ausbildung und für eine zweijährige Anschlussperspektive in Beschäftigung - ausgesprochen. Diese Forderung fanden in dieser Deutlichkeit leider keinen Eingang in die Erklärung.“

„Ich bedauere zudem, dass man auch bei den Förderinstrumenten des SGB II und SGB III für Berufsvorbereitung und Ausbildung hinter den Vorschlag der Arbeits- und Sozialminister zurückgegangen ist, diese Förderinstrumente umgehend und von Beginn an für Asylsuchende mit Bleibeperspektive und Geduldete zu öffnen“, merkte Heike Werner an.

Abwasserentsorgung

Vernünftige Wege für den ländlichen, damit die Menschen nicht überfordert werden

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte sich der Thüringer Landtag in einer Aktuellen Stunde am 9. September mit der Abwasserpolitik im Freistaat befasst. Die CDU hatte die Überschrift „Augenmaß statt ‚Zwang‘ bei der Abwasserentsorgung“ gewählt. Für die Linksfraktion sprach in der Debatte Umweltpolitiker Tilo Kummer.

Der LINKE-Abgeordnete erinnerte an die vergangenen Jahre und verwies auf eine „Ministerialbürokratie, die eben nicht den ländlichen Raum im Blick hatte, die das Solidarprinzip im Bereich der Abwasserentsorgung seit 2009 nicht mehr vorgesehen hat und die dazu führte, dass wir im Moment mit Bescheiden leben müssen, die eben nicht auf grünes Regierungshandeln zurückgehen“. Die CDU habe „im Wassergesetz das Solidarprinzip ausgehebelt, als festgelegt wurde, dass Zweckverbände sagen können, welcher Bürger ihnen zu teuer ist, um in Zukunft vom Zweckverband weiter entsorgt zu werden“.

Nach den damaligen Festlegungen bekommen Bürger nun Bescheide der unteren Wasserbehörden müssen Kläranlagen bauen. Das habe auch nichts mit dem Regierungswechsel zu tun, sagte Tilo Kummer. Allerdings müsse das Wassergesetz schnellstens novelliert werden, „damit nicht alle einen Bescheid haben, bevor wir dann endlich das Solidarprinzip wieder einführen“. Der städtische Raum in Thüringen mit einer hohen Einwohnerdichte und relativ geringen Kosten beim

Anschluss pro Einwohner sei mit über 60 Prozent in der Abwasserentsorgung gefördert worden. Im ländlichen Raum mit einer viel geringeren Bevölkerungsdichte sei der Anschluss an die Abwasserentsorgung pro Einwohner wesentlich teurer.

Zudem seien die Fördermittel seit 2009 massiv zurückgefahren worden – und „man kam auf diesen schlimmen Gedanken, dass die Leute ihre Probleme selber klären sollen, was zur Folge hat, dass die Bürger eigentlich die Abwasserentsorgung schon bezahlt haben. Die bezahlen nämlich seit 25 Jahren Abwasserabgabe und diese Abwasserabgabe dürfen Zweckverbände verrechnen, aber nicht der Bürger, der aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen wird“.

Da interessiert überhaupt nicht, wie der Gewässerzustand ist

Das Allerschlimmste, so der Abgeordnete weiter, sei, „wenn dann Leute, die 80 sind, plötzlich eine Ausbildung zum Kläranlagenwärter machen müssen und mit den Fragen völlig überfordert sind“. Die EU wolle die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, d.h. den guten Zustand der Gewässer. „Das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes, übrigens auch in CDU-Verantwortung mit geändert, macht was anderes daraus. Jeder Bürger hat sein Abwasser nach dem Stand der Technik aufzubereiten. Da interessiert überhaupt nicht, wie der Zustand des Gewässers ist. Dieser Logik folgen jetzt die Bescheide der unteren Wasserbehörden. Die

schicken nämlich für jeden, der aus dem Verbandsgebiet des Wasser-Abwasser-Verbands ausgeschlossen wird, den Bescheid raus, dass er innerhalb eines Jahres oder von zwei Jahren seine Abwasseranlage zu errichten hat und da interessiert die untere Wasserbehörde auch der Gewässerzustand nicht“, kritisierte Tilo Kummer und schlug vor, dass die Wasserbehörde eine Priorisierung vornehmen, „damit dort, wo das kommunale Abwasser wirklich noch ein Grund dafür ist, dass der Gewässerzustand nicht gut ist, zuerst die Maßnahme stattfindet“. Und dort könnte auch ein höherer Fördersatz gewährt werden. Wo die Gewässer in Ordnung seien, sollte mehr Zeit eingeräumt werden.

2011 habe es viele Gespräche auch fraktionsübergreifend gegeben und er sei dankbar, betonte der Abgeordnete, „dass wir die Phosphatfällung für vollbiologische Kleinkläranlagen damals vom Tisch gekriegt haben, aber Fakt ist eines: Es war gegenüber der Ministerialbürokratie ein zahnloser Tiger“.

Im Umweltausschuss des Landtages seien sie damals verhöhnt worden. „Wollen wir doch mal ehrlich sein. Es ist eine Änderung des Wassergesetzes in dem Sinne nicht hingbracht worden und es wird allerhöchste Zeit, dass wir es angehen“, appellierte Tilo Kummer. Notwendig seien „vernünftige Wege für den ländlichen Raum, damit die Menschen von der Abwasserentsorgung nicht überfordert werden, dem Umweltgedanken aber gleichzeitig Rechnung getragen wird“.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

r2g ist stabil

Vor gut einem Jahr, am 14. September 2014, wurde der Landtag neu gewählt. Im Ergebnis hat sich das Land verändert. Eine Dreierkoalition (r2g) hat die CDU, die seit 1990 regierte und sich zunehmend als Staatspartei zelebrierte, endlich in die Opposition geschickt – unter bundesweiter Aufmerksamkeit. Erstmals kam eine Landesregierung unter Führung der LINKEN ins Amt.

Die Koalition bleibt, das zeigen aktuelle Umfragen, stabil. Ministerpräsident Bodo Ramelow verfügt über eine hohe (und ansteigende) Popularität, 58 Prozent der Wähler sind zufrieden mit seiner Arbeit (auch 51 Prozent der CDU-Anhänger). Die Koalition agiert auf Augenhöhe, inhaltliche Differenzen – die bei drei Partnern nicht ausbleiben – werden konstruktiv debattiert, im Vordergrund steht die gemeinsame Suche nach Lösungen.

Die CDU tut sich in der Opposition schwer. Thematische Schwerpunkte folgen populistischem Kalkül. Wenig glaubwürdig sind Versuche, sich bei Themen, die sie über Jahre ausgesessen hat, an die Spitze der Bewegung zu setzen. Durch Partei und Fraktion geht ein Riss, der nur als brüchiger Burgfrieden gekittet ist.

Die AfD hat alle Befürchtungen bestätigt. Sie pendelt zwischen Chaos – ein Abgeordneter wurde inzwischen ausgeschlossen, zwei sind ausgetreten, bei drei Abgeordneten hat das verantwortliche Landtagsgremium die parlamentarische Immunität aufgehoben, um staatsanwaltliche Ermittlungen (in zwei Fällen wegen Betrugsvorwürfen) zu ermöglichen – und Demagogie, oszilliert zwischen ideologischer Verbohrtheit und Hass. Selbst die CDU, in der man Ende 2014 noch mit einem Bündnis liebäugelte, hat das wohl erkannt: in der Plenarsitzung vom 9. bis 11. September erhielt die AfD keine einzige Stimme aus anderen Fraktionen für ihre Anträge.

Sachbuch: Kommunale Gestaltungsräume gewinnen

Trotz vieler politischer und rechtlicher Beschränkungen durch die EU-, Bundes- und Landesebene besteht kommunale Haushaltspolitik keineswegs nur in der Verwaltung der Finanzen, so betont der VSA Verlag Hamburg bei der Vorstellung seines neuen Buches zur kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik. Autor Frank Kuschel, Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und langjährig Mitglied in Kommunalparlamenten (derzeit Kreistag Ilmkreis und Stadtrat Arnstadt), weist denn auch bereits in seinem Vorwort ausdrücklich auf „deutlich wahrnehmbare Gestaltungsspielräume“ hin.

Kuschel erläutert zunächst die Rolle der Kommunen im föderalen System und die Bedeutung der Kommunalfinanzien. Dabei macht er Schluss mit Illusionen: „Bund, Länder und Gemeinden



kern und an Kommunalpolitik Interessierten empfohlen. Es gibt derzeit keine vergleichbare Einführung in die Haushalts- und Finanzpolitik in den Kommunen. (sw)

Frank Kuschel: Haushalten mit links?! Emanzipative Haushalts- und Finanzpolitik in der Kommune (Crashkurs Kommune 11), VSA Verlag Hamburg 2015, 112 Seiten, EUR 7.50, ISBN 978-3-89965-636-7

vertreten in der bundesstaatlichen Finanzverfassung nachvollziehbar eigene Interessen.“ Die Folge seien „Blockadentendenzen der einzelnen föderalen Ebenen“. Von diesem realistischen Ansatz ausgehend verweist er auf kommunale Gestaltungsoptionen bei den Finanzierungsquellen.

Kuschel gibt praktische Tipps zum Lesen kommunaler Haushalte und macht auf die Ansätze zum Neuen kommunalen Finanzmanagement (Doppik) aufmerksam. Die Frage, ob Haushalte überhaupt aus linker Sicht gestaltbar seien, beantwortet er mit ei-

nem Ja – „und dies auch noch bei meist leeren Kassen“. Ziele seines als „emanzipative Politik“ bezeichneten Konzepts sind Prioritätensetzungen und damit auch die Erlangung von Handlungsspielräumen. Hinsichtlich der Verschuldungsdiskussion plädiert er für eine „Versachlichung“.

Frank Kuschel gelingt es, ein schwieriges Thema verständlich und anregend darzustellen. Ein Glossar rundet sein Sachbuch, das in Kooperation mit der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden ist, ab. Die Lektüre sei allen Kommunalpoliti-

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.